

KGS in Obernkirchen soll nun doch kommen

Zunächst hat sie als bildungspolitischer Wunsch allein gestanden – die KGS in Obernkirchen. Dann ist sie den Planungen der von der alten Landesregierung angestrebten Schulstrukturreform einverleibt worden. Nun soll sie gemäß dem Votum der großen Mehrheit des Schulausschusses des Kreistages noch kommen. Die Politiker haben am Donnerstag einen Wettlauf mit der Zeit gestartet, weil die Gründung von Gesamtschulen nur noch während der Gültigkeit des alten Schulgesetzes möglich ist. Starten soll der Wettlauf mit einer kreisweiten Bedarfsumfrage nach den Osterferien.

Kreis Schaumburg. Formal steht die KGS noch zur Debatte, weil sie „im Verfahren“ ist, wie es Kreisrätin Eva Burdorf und Ausschussvorsitzender Herwig Henke (SPD) erläuterten. Grundlage ist immer noch ein Antrag der Stadt Obernkirchen, der jüngst durch ein Votum des dortigen Verwaltungsausschusses (VA) bekräftigt worden ist. Auch das Kollegium des Schulzentrums „Am Ochsenbruch“ steht noch zur KGS, wie Schulleiter Wolfgang Fließ bekräftigte. Ebenso steht der Kreiselternrat nach den Worten von Vorstandsmitglied Bernd Wolf hinter dieser Bereicherung der Angebotspalette.

„Wir wollen diesen Weg weitergehen und erfolgreich abschließen“, gab Bernd Reese die Haltung der SPD-Fraktion wieder. Diese Haltung deckt sich zu großen Teilen mit der der CDU. Horst Sassenberg, Ausschussmitglied und Obernkirchens Bürgermeister, setzt allerdings als Alternative zur KGS auf die Etablierung einer Außenstelle eines benachbarten Gymnasiums, wie sie als Möglichkeit im Schulgesetzentwurf der neuen Landesregierung vorgesehen ist. Die erste Wahl für die Obernkirchener ist laut VA-Beschluss aber die KGS, wie das zum dortigen VA gehörende Ausschussmitglied Thomas Stübke unterstrich.

Sassenbergs Frage, ob das Gründungsverfahren wegen des neues Gesetzes überhaupt noch eine Chance habe, beantwortete Burdorf mit „durchaus, wir haben aber die Sicht der Bezirksregierung und des Ministeriums noch nicht abgefragt“. Die Kreisrätin und die Mehrheit des Ausschusses stehen auf dem Standpunkt, dass das KGS-Verfahren sehr wohl eine Chance hat, wenn die entscheidenden Schritte zügig in Angriff genommen werden. Nur Dagmar König (CDU) stimmte mit „Nein“.

Als erster Schritt soll jetzt kreisweit eine neue Bedarfsumfrage durchgeführt werden. Diese ist nötig, weil sich die Vorzeichen der Schule wegen des Wegfalls der Orientierungsstufe ändern werden. Noch vor den Sommerferien, so der Fahrplan, soll der Kreistag einen Gründungsbeschluss für die KGS fällen, so dass die einjährige Planungszeit mit dem Beginn des nächsten Schuljahres starten könnte.

Eine Voraussetzung für die KGS wird sich noch ändern: Die Bezirksregierung hat nach Angaben ihre Haltung geändert. Demnach würden jetzt Kinder aus Obernkirchen bevorzugt aufgenommen und müssten nicht bei einem Bewerberüberhang durch ein Losverfahren ermittelt werden.